

OA-UPDATE SANKTIONEN

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach dem Gipfeltreffen von US-Präsident Donald Trump mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in Alaska vom 15. August gibt es weiterhin große Fragezeichen, ob und wie ein Friedensprozess für die Ukraine aussehen könnte und welche weitere Rolle Sanktionen spielen werden. Dass Trump eine Kernforderung der Europäer – umfassender Waffenstillstand vor Verhandlungen – vom Tisch genommen hat, gibt Russland Zeit für seine massiven Angriffe und führt dazu, dass die Ukraine Friedensverhandlungen aus einer stark defensiven Position heraus führen müsste. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj will dazu am heutigen Montag (18.8.) Gespräche in Washington führen. Wenn man seine Äußerungen richtig deutet, schlägt Trump Gebietsabtretungen der Ukraine an Russland im Tausch gegen Sicherheitsgarantien vor. An diesen könnten sich jetzt auch die USA beteiligen, so zumindest werden Andeutungen Trumps interpretiert. Aus wirtschaftlicher Sicht relevant ist, dass sich Trump nach dem Alaska-Treffen zurückhaltender bezüglich weiterer Sanktionen gegen Russland geäußert hat. So jedenfalls werden Aussagen in einem Interview mit dem Sender Fox News eingeordnet. Im US-Kongress liegt immer noch ein Sanktionspaket bereit, das hohe US-Einfuhrzölle für alle Länder vorsieht, die aus Russland Energierohstoffe beziehen. Indien, nach China der zweitwichtigste Importeur von russischem Öl, soll ab 28. August zusätzliche Zölle in Höhe von 25 Prozent bezahlen. Nach den Äußerungen von Trump spekulieren indische Medien darüber, die Maßnahme würde vielleicht verschoben. Hingegen arbeitet die EU nach eigenen Angaben bereits an einem 19. Sanktionspaket gegen Russland.

In diesem Sanktions-Update finden Sie wie immer eine Übersicht zu diesen und weiteren Entwicklungen der vergangenen Wochen. Besonders hinweisen möchten wir Sie auf unsere Umfrage zu möglichen Umsetzungsproblemen mit dem 18. Sanktionspaket (siehe Kapitel 1).

Wir wünschen Ihnen eine erholsame Sommerzeit!

Ihre Redaktion

OA-Update 2025/08
Stand: 18. August

Inhalt

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps & Links](#)

1. Ost-Ausschuss

Ost-Ausschuss-Umfrage zum 18. Sanktionspaket der EU gegen Russland: Aktuelle Erfahrungswerte – bestehende Umsetzungsprobleme

Am 18. Juli 2025 einigten sich die 27 EU-Mitgliedsstaaten auf das inzwischen 18. Sanktionspaket gegen Russland. Im Mittelpunkt des umfangreichen Pakets stehen Maßnahmen im Energiebereich, darunter ein neuer Anpassungsmechanismus für den so genannten Ölpreisdeckel, die Listung von über 100 weiteren Schiffen der russischen Schattenflotte, Transaktionsverbote in Zusammenhang mit den Gaspipelines Nord Stream 1 und 2 sowie die Listung weiterer Personen und Unternehmen. Es gab neue Finanzsanktionen sowie eine Ausweitung von Ausfuhrverboten für Güter, die zur Stärkung der industriellen Kapazitäten Russlands beitragen könnten. Eine Übersicht zu den neuen Sanktionsmaßnahmen können Sie dem Ost-Ausschuss-Sanktionsupdate 2025/07 entnehmen: [OA-Update Sanktionen 2025-07.pdf](#)

Insbesondere zu den güterbezogenen Sanktionen erreichten uns in den vergangenen Tagen Anfragen von Unternehmensseite sowie auch eine ähnliche Einschätzung des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWE), dass es in diesem Bereich Umsetzungsprobleme und weiteren Klärungsbedarf gibt. Durch die Erweiterungen der Güterlisten sowie die vorgesehenen Übergangsfristen und Ausnahmeregelungen wird bereits mit erhöhtem Arbeitsaufwand beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) gerechnet.

Mit einer Umfrage bitten wir Sie, uns aus Ihrer Unternehmenspraxis heraus auf bestehende Schwierigkeiten mit der Umsetzung des 18. Sanktionspakets im genannten Bereich und darüber hinaus hinzuweisen.

Wir sammeln alle Rückmeldungen und nutzen sie anonymisiert für Abstimmungen mit dem BMWE und dem BAFA, um regulatorische Verbesserungen zu erreichen.

Bitte senden Sie Ihre Rückmeldung formlos bis zum Montag, den 25. August, im Ost-Ausschuss an: Dr. Martin Hoffmann, m.hoffmann@oa-ev.de

Zu diesem Thema veranstalten wir am 12. September ab 10 Uhr auch eine Online-Veranstaltung in unserer Reihe „Business for Business - Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland“. (siehe Termine)

Starker Osthandel – schwaches Ergebnis mit Russland und Belarus

„Der deutsche Osthandel gewinnt weiter an Zugkraft für die gesamte deutsche Wirtschaft. Entgegen dem Trend sind unsere Exporte in die Region kräftig gewachsen.“ So kommentiert die Ost-Ausschuss-Vorsitzende Cathrina Claas Mühlhäuser die aktuellen Halbjahreszahlen des Statistischen Bundesamtes, die der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft ausgewertet hat. Der Außenhandel mit den 29 Zielländern des Ost-Ausschusses in Mittel- und Osteuropa sowie Zentralasien legte demnach in den ersten

sechs Monaten 2025 um zwei Prozent auf 275 Milliarden Euro zu – ein Plus von über 5,4 Milliarden Euro. Dabei wuchsen allein die deutschen Exporte um drei Milliarden auf 144 Milliarden Euro (+2,2 Prozent). Die große Bedeutung der Wachstumsimpulse aus dem Osthandel für die deutsche Konjunktur erkennt man daran, dass die deutschen Exporte im ersten Halbjahr insgesamt um 0,1 Prozent auf 786 Milliarden Euro gesunken sind.

„In einer Zeit wachsender globaler Spannungen wird immer deutlicher, wie wichtig für uns eine entschlossene Weiterentwicklung des EU-Binnenmarkts ist. Dessen Erweiterung durch die Integration der ost- und südosteuropäischen Kandidatenländer muss noch stärker in den Mittelpunkt der deutschen und europäischen Politik rücken“, betonte Claas Mühlhäuser. „Herausragend entwickelte sich im ersten Halbjahr insbesondere der Export nach Polen und in die Ukraine.“ Das deutsch-polnische Handelsvolumen kletterte im ersten Halbjahr um 4,6 Milliarden Euro auf den Rekordwert von über 90 Milliarden Euro (+5,4 Prozent). Während die deutschen Exporte nach Polen um über 2,6 Milliarden Euro zulegen (+5,7 Prozent), wuchsen auch die Einfuhren aus dem östlichen Nachbarland um zwei Milliarden Euro (+5,2 Prozent). Polen liegt als fünftwichtigster Handelspartner Deutschlands nur noch knapp hinter Frankreich (92,6 Milliarden Euro).

Dramatisch sind weiterhin die Auswirkungen des russischen Angriffs auf die Ukraine für die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen. Im ersten Halbjahr 2025 ging der bilaterale Handel erneut um fast 13 Prozent zurück. Unter den 29 Osthandelsländern ist Russland nunmehr auf Platz 12 abgerutscht, und wurde dabei von Serbien, Kroatien und Litauen überholt. Im ersten Halbjahr bezog Deutschland nur noch Waren im Wert von 667 Millionen Euro aus Russland (-37 Prozent), vornehmlich Düngemittel und Metalle. Exportiert wurden Waren im Wert von 3,5 Milliarden Euro (-6 Prozent), hier lag der Schwerpunkt auf Medikamenten und Medizintechnik und anderen humanitären Gütern, die von Sanktionen ausgenommen sind. In der Rangliste der deutschen Handelspartner rutschte Russland damit von Platz 45 auf Platz 48 ab. Zum Vergleich: Die Ukraine verbesserte sich um einen Platz auf Rang 38.

Außergewöhnlich stark gesunken ist der deutsche Handel mit Belarus, gegen das die EU in den vergangenen Monaten ihre Wirtschaftssanktionen noch einmal deutlich ausgeweitet hat: Der bilaterale Handel ging in den ersten sechs Monaten 2025 um über 70 Prozent zurück und erreichte nur noch ein Gesamtvolumen von 320 Millionen Euro.

Zur vollständigen Pressemeldung:

[Osthandel stärkt Konjunktur in Deutschland | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Zu den Handelstabellen:

[Statistiken | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

2. Deutschland

Russlands Schattenflotte wächst offenbar als Reaktion auf westliche Sanktionen und entwickelt sich zu massivem Risiko für die internationale Schifffahrt und die Umwelt

Wie der Luxemburger Schiffsmakler BRS laut einem Bericht des Handelsblatts ermittelte, wächst die sogenannte Schattenflotte, die sich am Schmuggel russischen Öls beteiligt, seit einem halben Jahr monatlich um durchschnittlich 30 Schiffe – und damit dreimal so schnell wie 2024.

Zuletzt zählte die Schifffahrtsberatung 1140 Tanker, die weltweit die Sanktionsbestimmungen gegen Russland, Venezuela und den Iran missachten – alle drei unterliegen einem Embargo – und die in internationalen Gewässern meist keinen Versicherungsschutz vorweisen können. Die Plattform „TankerTrackers“ führt laut Handelsblatt auf ihrer laufend aktualisierten Liste sogar 1202 Schiffe. Die Anzahl entspricht einem Zehntel der globalen Tankerflotte.

Beim beförderten Frachtvolumen seien die Zahlen noch alarmierender: Da laut BRS überproportional viele Supertanker der Klassen VLCC und Suezmax gegen die Embargo-Bestimmungen verstoßen, rechnet der Schiffsbroker 18,2 Prozent der weltweiten Öltankertonnage der Schattenflotte zu. Ein Report der Allianz sprach im Mai noch von 17 Prozent. Anfang 2024 hatte BRS eine Quote von gerade einmal 7,4 Prozent gemeldet.

Die Schiffe stünden hauptsächlich in Verbindung mit der russischen Staatsreederei Sovcomflot, der iranischen NITC oder der venezolanischen PDVSA. „Es sieht so aus, als ob die steigenden Sanktionen den Appetit bei den Reedern älterer Tanker anregen, sich der Schattenflotte anzuschließen“, heißt es in einem Monatsbericht von BRS.

Erst Juli erhöhte Brüssel mit dem 18. Sanktionspaket die Zahl sanktionierter Schiffe auf insgesamt 444 Schiffe, die keinen Zugang mehr zu Häfen und Schleusen der EU-Mitgliedstaaten besitzen. Inklusive der Sanktionsmaßnahmen der USA, Großbritanniens und Australiens zählte BRS sogar 886 Tanker, die offiziell als sanktioniert gelten – mehr als viermal so viel wie vor einem Jahr.

Da die Schiffe dem Risiko ausgesetzt sind, in westlichen Häfen an die Kette gelegt zu werden, kommen für die Schmuggelfahrten insbesondere alte und nahezu wertlose Tanker zum Einsatz, schreibt das Handelsblatt. Diese seien zuvor für Milliardenbeträge an Russland verkauft worden, da die Wiederverkaufsprämien den Verschrottungswert bei Weitem überstiegen. Allein griechische Reeder hätten 54 Schiffe an Russland verkauft.

Aber auch elf Tanker von drei deutschen Seereedereien mit einem geschätzten Verkaufspreis von 200 Millionen Euro gingen zwischen 2022 und 2024 an Russlands Schattenflotte, wie das internationale Rechercheprojekt „Shadow Fleet Secrets“ nach Informationen des Handelsblatts erst vor einigen Wochen aufdeckte. „Nach dem Verkauf trägt allein der neue Eigentümer die Verantwortung“, erklärte dazu ein Sprecher des Verbands Deutscher Reeder (VDR) auf Anfrage des Handelsblatts. Die russische Schattenflotte stelle eine ernst zu nehmende Bedrohung für die internationale Handelsschifffahrt dar, heiße es dort. Dass viele dieser Schiffe ohne ordnungsgemäße

Registrierung operierten, oftmals nicht ausreichend versichert seien und ihre Standort- und Ladungsdaten verschleierten, erhöhe das Risiko von Sicherheitsvorfällen wie Kollisionen erheblich.

Wie das Handelsblatt in einem Kommentar kritisch anmerkt, sei die EU-Politik der erhöhten Schiffslistungen gescheitert. Russland transportiere weiterhin über 60 Prozent seiner Ölexporte über Schiffe, die sich an den Ölpreisdeckel der EU nicht gebunden fühlten. Den EU-Staaten mangle es nicht an Erlassen gegen Russland, wohl aber an Taten, kritisiert das Handelsblatt. So könnten weiterhin Tanker der Schattenflotte ungehindert über die Ostsee fahren. Eine Überwachung solcher Fahrten sei nicht vorhanden, nur in den seltensten Fällen würden Maßnahmen eingeleitet.

Auf einen anderen Umstand weist der in Wien erscheinende Standard hin: So werde die Einhaltung der Ölpreisgrenze auch bei westlichen Schiffen kaum kontrolliert. Reeder und Dienstleister bräuchten nur eine Bescheinigung von Verkäufer und Käufer über den richtigen Preis, und schon ist der Deal „sauber“, kommentiert die Zeitung.

Eine Reihe weiterer Ideen werde diskutiert, so der Standard: Es sind griechische Reeder, die Tanker an Russland verkaufen, bisher ist das nicht verboten, was sich ändern ließe: Die Europäer importieren selbst weiter Öl über den Seeweg, und Gas ist gar nicht sanktioniert. Die größten Käufer von Öl und Gas in Europa sind Ungarn, Frankreich, die Slowakei, Belgien sowie Spanien. Auch das ließe sich ändern, so der Standard.

[Russlands Kriegswirtschaft stößt an Grenzen: Wirken westliche Sanktionen doch? - Wirtschaft - derStandard.at › Wirtschaft](#)

Moskau bezeichnet weitere journalistische Organisationen als unerwünscht

Das journalistische Netzwerk „Reporter ohne Grenzen“ sowie das in Berlin ansässige Korrespondentennetz „n-ost“ wurden Anfang August laut Presseberichten bzw. nach eigenen Angaben vom russischen Justizministerium zur „unerwünschten Organisation“ erklärt. Russland geht damit weiter gegen die Pressefreiheit im eigenen Land vor.

Reporter ohne Grenzen wurde 1985 gegründet und hat seinen Sitz in Frankreich. Die Organisation setzt sich weltweit für Pressefreiheit ein und kümmert sich um inhaftierte Journalistinnen und Journalisten. RSF erstellt zudem jedes Jahr einen Index der Pressefreiheit. Russland gehört demnach auch 2025 zu den Staaten, in denen die Presse am wenigsten frei ist. Das Land liegt auf Platz 171 von 180 Ländern.

Das 2003 entstandene Journalisten-Netzwerk n-ost, das sich vor allem in Osteuropa für Medienfreiheit und in Deutschland für eine bessere Auslandsberichterstattung einsetzt und im Auftrag der Bundeszentrale für Politische Bildung die europäische Presseschau Eurotopics erstellt, reiht sich damit ein in eine lange Liste deutscher, europäischer und amerikanischer Organisationen, die die russische Regierung von ihren Bürgern isolieren will. Wer weiterhin mit „unerwünschten Organisationen“ zusammenarbeitet, muss mit Kriminalisierung und Nachteilen im Alltag rechnen.

Insgesamt sind bereits über 250 Organisationen von Moskau gelistet worden. Damit drohen Ermittlungen und Freiheitsstrafen für Menschen, die Geld an die Organisationen spenden oder für die Organisation arbeiten. Das Ministerium in Moskau veröffentlichte die Einstufung auf seiner Website. Die Aufnahme in das Register kommt einem Verbot in Russland gleich. Russische Organisationen oder Privatpersonen dürfen keine Beziehungen zu unerwünschten Organisationen unterhalten.

<https://www.spiegel.de/ausland/russland-aussenministerium-stuft-reporter-ohne-grenzen-als-unerwunscht-ein-a-cbc0f92f-3ea3-4063-8fe9-e5636061244c>

[Statement on n-ost being classified 'undesirable organisation' in Russia | n-ost](#)

PCK Raffinerie: Schwebezustand setzt sich fort

Im Ringen um die Zukunft für die Ölraffinerie PCK in Schwedt im Nordosten Brandenburgs favorisiert das Bundeswirtschaftsministerium einen Verkauf der Mehrheitsanteile der russischen Staatskonzerns Rosneft. Dies berichtet der Tagesspiegel. Doch bislang zeichnet sich kein Käufer ab. Der Zustand sei nicht befriedigend, sagte der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Frank Wetzel. „Wir wünschen uns einen Verkauf der Anteile.“ Das liege aber in den Händen des Eigentümers. „Wir haben nicht die Möglichkeit, einen Verkauf zu erzwingen.“

Die Raffinerie mit rund 1200 Beschäftigten im Nordosten Brandenburgs gehört mehrheitlich dem russischen Staatskonzern Rosneft. Der Bund hat aber per Treuhandverwaltung die Kontrolle über die Rosneft-Anteile übernommen. Zuvor war in der Staatskanzlei in Potsdam die 2022 eingesetzte „Taskforce“ zur Zukunftssicherung der Raffinerie PCK zusammengekommen.

PCK-Chef Ralf Schairer sagte, die Auslastung der Raffinerie habe im ersten Halbjahr 2025 bei 84 Prozent gelegen. Das sei ein Plus von sechs Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Rohöl-Mengen aus Kasachstan trügen im Wesentlichen zur Stabilisierung des Betriebs bei. Früher verarbeitete die Raffinerie in Schwedt nur russisches Öl, das aber seit 2023 wegen des Angriffs Russlands auf die Ukraine nicht mehr fließt. PCK musste sich andere Bezugsquellen suchen.

Zudem verfolgt das Bundeswirtschaftsministerium weiterhin den Plan für einen Ausbau der Öl-Pipeline von Rostock nach Schwedt, der seit längerem auf Eis liegt. Es sollten bereits unter der früheren Bundesregierung 400 Millionen Euro an staatlicher Beihilfe dafür fließen, doch die nötige Zustimmung der EU-Kommission steht bislang aus.

Jungheinrich verkauft Russland-Geschäft

Der Hamburger Gabelstaplerhersteller Jungheinrich hat laut „Welt“ seine Russland-Tochter mit Verlust verkauft und hat gleichzeitig seine Gewinnerwartungen deutlich. Die Jungheinrich Lift Truck OOO gehe an einen russischen Finanzinvestor, teilte das Unternehmen am 21. Juli mit, ohne den Verkaufspreis zu nennen. Nach den russischen Vorgaben darf der Preis bei maximal 40 Prozent des Marktwerts liegen. Jungheinrich muss den Buchwert daher deutlich abschreiben. Die Prognose für Ebit und Gewinn vor Steuern wurde laut „Welt“ im Mittel um 150 Millionen nach unten korrigiert. Einschließlich des Effekts aus dem Rückzug aus Russland liege die Gewinnerwartung nun um 270 Millionen Euro niedriger. Wegen der schwachen Geschäftsentwicklung hatte Jungheinrich auch die Umsatz- und Auftragserwartungen korrigiert. Mit 5,3 bis 5,9 Milliarden Euro fiel der Auftragseingang im Mittel um 200 Millionen Euro geringer aus als gedacht, der Umsatz mit ebenfalls 5,3 bis 5,9 Milliarden Euro um 100 Millionen geringer.

[Industrie: Riesenmarkt verloren – Jungheinrichs Russland-Abschied reißt tiefe Lücke in die Bilanz - WELT](#)

Siemens-Geräte könnten über China nach Sibirien gelangt sein

Ein russischer, staatlicher Sprengstoffhersteller soll offenbar gezielt westliche Sanktionen umgangen haben und Militärausrüstung des deutschen Herstellers Siemens (konkret SIEGn.DE) erworben haben. Das berichtete die Agentur Reuters unter Berufung auf Beschaffungs- und Zollunterlagen. Demnach habe der südsibirische Sprengstoffhersteller „BOZ“ (Biysk Oleum Factory) Industrietechnologie für Werkzeugmaschinen über den russischen Zwischenhändler „Techpribor“ bezogen, heißt es weiter. Reuters berichtete, dass der Militärausrüster für die Herstellung des hochexplosiven Sprengstoffs RDX eine neue Anlage errichtete.

Aus den Ausschreibungsunterlagen in der Beschaffungsdatenbank gehe demnach hervor, dass „Techpribor“ seine Waren normalerweise von chinesischen Großhändlern und Wiederverkäufern bezieht. Weitere Zollunterlagen würden belegen, dass der Zwischenhändler mehrere industrielle Automatisierungsgeräte des Herstellers Siemens über den Handelskonzern „Huizhou Funn Tek“ mit Sitz in der chinesischen Provinz Guangdong bezogen habe.

Reuters konnte durch einen Abgleich der Siemens-Produktcodes mit den Zoll-Codes zwei von „Huizhou Funn Tek“ gelieferte Leistungsregler zweifelsfrei als Siemens-Produkte identifizieren, heißt es weiter. Die Teile aus deutscher Herstellung stimmen demnach mit den von „BOZ“ bestellten Modellen überein.

Im Jahr 2023 nutzte Tekhpribor demnach auch ein weiteres chinesisches Unternehmen, New Source Automation, um weiterhin Siemens-Produkte zu importieren. Ein Manager bei New Source namens Ryan Wu bestätigte die Lieferungen an Tekhpribor und erklärte,

sein Unternehmen könne Siemens-Ausrüstung in beliebiger Menge beschaffen, ohne den Endverbraucher offenlegen zu müssen.

Laut Angaben aus öffentlichen Ausschreibungen kaufte die Muttergesellschaft von BOZ, FGUP Sverdlov Plant, zwischen 2022 und 2023 mindestens drei Siemens Simatic-Systeme. Diese speicherprogrammierbaren Steuerungen dienen der Automatisierung und Fernüberwachung von Industriemaschinen – Technologien, die angesichts des Arbeitskräftemangels als entscheidend für die Steigerung der militärischen Produktion angesehen werden.

Siemens teilte Reuters auf Nachfrage mit, dass man von den Lieferungen an den russischen Sprengstoffhersteller nichts wisse. Ein Siemens-Sprecher betonte, dass das Unternehmen sich strikt an internationale Sanktionen halte und dies auch von seinen Kunden und Abnehmern verlange. Allerdings gab der Sprecher zu bedenken, dass einige Siemens-Waren ohne Wissen des Konzerns nach Russland gelangt sein könnten. Reuters berichtet, dass der Kauf automatisierter Werkzeugmaschinen für das russische Verteidigungsministerium von enormer Bedeutung sei, um seinen Bestrebungen nach einer Erhöhung der Munitionsproduktion nachzukommen.

[„Für die Raketenproduktion unersetzbar“: Wie deutsche Siemens-Bauteile trotz Sanktionen in Russlands Rüstungsindustrie landen](#)

Sechs sanktionierte Flugzeuge parken auf deutschen Flughäfen

An deutschen Flughäfen stehen seit mehr als drei Jahren mehrere Flugzeuge, die wegen der EU-Sanktionen gegen Russland nicht starten dürfen. Das Bundesverkehrsministerium bestätigte entsprechende WDR-Recherchen. Laut Ministerium besteht das Flugverbot gemäß einer EU-Verordnung seit dem 28. Februar 2022, kurz nach Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Es handele sich um drei russische Frachtmaschinen vom Typ Antonow AN-124, die sich am Flughafen Leipzig/Halle befänden. In Köln/Bonn stehen demnach eine Boeing 737 der Frachtfluggesellschaft Atran aus sowie eine Bombardier Challenger 300 der Fluggesellschaft Utair. In Frankfurt/Hahn steht eine Boeing 747 des britischen Frachtunternehmens CargoLogicAir, das im Jahr 2022 wegen der Sanktionen mit Bezug zum Ukrainekrieg sein Geschäft aufgeben musste und kurz darauf in die Insolvenz ging.

www.spiegel.de

3. Europäische Union

EU beginnt Arbeit an 19. Sanktionspaket – US-Forderungen

Die EU bereitet ein neues Sanktionspaket gegen Russland vor. Das kündigte die Außenbeauftragte der Staatengemeinschaft, Kaja Kallas, nach einer Videokonferenz der EU-Außenminister am 12. August an. Details zu den Inhalten des dann 19. Sanktionspakets nannte Kallas nicht. Mit Blick auf Verhandlungen der USA mit Russland sagte Kallas: „Solange Russland nicht einem vollständigen und bedingungslosen Waffenstillstand zugestimmt hat, sollten wir nicht einmal über irgendwelche Zugeständnisse diskutieren.“ Ein Waffenstillstand müsse streng überwacht werden und es brauche „eiserne Sicherheitsgarantien“. Die Estin betonte, dass die EU eine Beendigung dieses Krieges unterstütze. Wichtig sei aber, dass Russland keine Hintertür gelassen werde, um seine Aggression fortzusetzen.

Der litauische Außenminister Kestutis Budrys wiederholte unmittelbar nach dem Alaska-Gipfeltreffen die Forderung nach einer schnellen Vorlage eines 19. Pakets mit Sanktionen. Gleichzeitig solle die EU-Mitgliedschaft der Ukraine vorangetrieben werden.

Klare Forderungen hat US-Finanzminister Scott Bessent am 14. August in einem Interview in Richtung der EU gestellt. Während die USA Strafzölle gegen Drittländer wie Indien, die noch russisches Öl kaufen, einführten, würden sich die Europäer zurücklehnen. „Zieht nach oder haltet die Klappe“, wird Bessent zitiert. Dieser unterstrich Überlegungen, nach Indien auch Strafzölle gegen China und Russland selbst anzustreben (siehe auch Kapitel USA).

[19. Paket mit Strafmaßnahmen: EU bereitet neue Sanktionen gegen Russland vor](#)

[Lithuania Calls for 19th EU Sanctions Package Against Russia | Ukraine news - #Mezha](#)

[Europe Must “Put Up or Shut Up” on Sanctions Against Russia, Says Bessent — UNITED24 Media](#)

[Trump could trigger a financial crisis in Russia — if he wants to — but has backed off from his threat of 'very severe consequences' | Fortune](#)

Schiedsgerichtsverfahren gegen Gazprom: Ukraine hofft auf Milliarden

Die Ukraine hofft, aus verschiedenen internationalen Schiedssprüchen gegen den russischen Energietitanen Gazprom eine beträchtliche Summe an Geld zu erwirken, wie die Frankfurter Rundschau berichtet. Insgesamt soll es um 6,9 Milliarden US-Dollar gehen. Das berichtete das ukrainische Nachrichtenportal Kyiv Independent unter Berufung auf Präsident Wolodymyr Selenskyj. „Das sind absolut gerechte Entscheidungen, die die Verantwortlichkeiten von Russland und Gazprom demonstrieren und die Stärke des Völkerrechts bestätigen“, sagte demnach Selenskyj.

Konkret gehe es um verschiedene juristische Konflikte, in die Gazprom verwickelt ist, nachdem der Konzern 2022 vertraglich festgelegte Gaslieferungen nicht mehr geleistet hatte. Deutschland war beispielsweise von der Einstellung von Lieferungen über die Pipeline Nord Stream 1 betroffen.

Der ukrainische Staatskonzern Naftogaz soll erst im Juni einen neuen juristischen Sieg gegen Gazprom errungen haben – ein internationales Schiedsgericht in der Schweiz hat angeordnet, dass Gazprom rund 1,37 Milliarden US-Dollar Schadensersatz an Naftogaz zahlen soll. Kyiv Independent berichtete außerdem über einen Gerichtsspruch aus dem niederländischen Den Haag von 2023, bei dem es um die illegale Aneignung von Naftogaz-Assets durch Russland ging. Dieser Fall war kurz auf die Krim-Annexion gefolgt.

Angeblich hofft die Ukraine hier auf eine Anwendung des internationalen Rechts. Schiedssprüche sollen in mehreren Rechtsräumen durch nationale Gerichte vollstreckt werden können. Zahlt der Staat des Beklagten (in diesem Fall Russland) nicht freiwillig, könnten Gläubiger (also die Ukraine) versuchen, auf im Ausland gehaltene Vermögenswerte zuzugreifen, um das Urteil zu vollstrecken.

Solche Vermögenswerte gibt es im Fall Russland zur Genüge. Die Europäische Union hat Assets der russischen Zentralbank im Wert von über 200 Milliarden Euro eingefroren. Aktuell verwaltet die belgische Firma Euroclear dieses Vermögen. Die eingefrorenen Milliarden sorgten schon öfters für Streit: Die Ukraine hätte sie am liebsten alle, um damit den Wiederaufbau zu bezahlen, aber die EU sucht noch nach rechtlich validen Handlungsoptionen. Schiedssprüche könnten der Schlüssel dazu sein, diese Milliarden anzufassen.

Bislang schöpft die EU lediglich aus den Zinsgewinnen des Vermögens ab. Ein paar kleinere Milliardenbeträge sind bereits an die Ukraine geflossen. Dafür benutzt die Europäische Union die sogenannte Ukraine-Fazilität, ein Werkzeug, das verschiedene Maßnahmen der finanziellen Hilfe vereint und managt.

Einige EU-Länder, hier ist Estland als Vorreiter zu nennen, haben bei russischem Vermögen bereits Alleingänge unternommen. Sie haben eigene Gesetze ins Rollen gebracht, die den Zugriff auf eingefrorene russische Gelder erlauben sollen. Ob Schiedssprüche der EU als Grund ausreichen, um auf die große Summe zuzugreifen, wird sich noch herausstellen.

Gazprom geriet bereits 2024 ins Visier eines Gerichts: Damals ging es um Gaslieferungen, die Gazprom 2022 grundlos eingestellt hatte und die dem Energiekonzern Uniper zufließen sollten. Damals ging es um 13 Milliarden Euro, die Russland eigentlich hätte zahlen müssen. Ebenfalls 2024 entschied ein anderes Gericht, dass Gazprom auch dem österreichischen Energiekonzern OMV rund 230 Millionen Euro schuldet, zuzüglich Zinsen und Kosten. Wieder waren ausgebliebene Energielieferungen der Grund.

Milliarden-Zahlung von Russland an die Ukraine – Selenskyj baut auf Schiedsgerichte

Ungarn will Pipeline mit Serbien und Russland bauen

Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó hat eine Vereinbarung mit „serbischen und russischen Kollegen“ über den Bau einer neuen Ölpipeline zwischen Serbien und Ungarn bekannt gegeben. Dies berichtet Euractiv. In einem Beitrag in den sozialen Medien machte Szijjártó am 21. Juli die anhaltenden Bemühungen der EU um ein Verbot russischer Importe fossiler Brennstoffe dafür verantwortlich, dass die Energiepreise auf ein „Mehrfaches“ der Preise in anderen Teilen der Welt gestiegen sind.

Derzeit wird über einen Vorschlag verhandelt, der die Einfuhr von russischem Gas bis 2027 vollständig verbieten soll. Der Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments drängt, das Verbot auch auf Pipeline-Öl auszuweiten und die Frist vorzuziehen.

Die Ankündigung aus Budapest folgte auf eine Videokonferenz zwischen Szijjártó, dem stellvertretenden russischen Energieminister Pavel Sorokin und der serbischen Energieministerin Dubravka Đedović, wie die ungarische staatliche Nachrichtenagentur MTI berichtete. Die vorgeschlagene Pipeline könnte bereits 2027 in Betrieb genommen werden, so MIT. Demnach sagte Szijjártó wörtlich: „Wir werden Pipelines bauen und neue Versorgungsquellen erschließen, damit die ungarische Bevölkerung weiterhin die niedrigsten Energiekosten in Europa zahlen muss.“ Jüngsten Statistiken zufolge haben die ungarischen Haushalte mit 3,20 Euro pro 100 kWh die niedrigsten Gasrechnungen in der EU, verglichen mit 16,71 Euro in den Niederlanden und 18,93 Euro in Schweden.

[Ungarn, Serbien und Russland wollen neue Pipeline für russisches Öl bauen - Euractiv DE](#)

Anklage in Estland: Schlepper soll gezielt Unterwasserkabel zerstört haben

Drei Besatzungsmitglieder des Tankers „Eagle S“ werden in Finnland wegen des Verdachtes angeklagt, Ende 2024 mehrere Unterseekabel in der Ostsee beschädigt zu haben. Das teilte laut dem Tagesspiegel die finnische Staatsanwaltschaft mit. Demnach wurde gegen den Kapitän, den ersten sowie den zweiten Offizier der „Eagle S“ Anklage erhoben wegen schwerer Sachbeschädigung und schwerer Störung von Kommunikationsanlagen.

„Die „Eagle S“, die mit einer Ladung von Erdölprodukten aus dem russischen Ust-Luga ausgelaufen war, wird verdächtigt, im finnischen Meerbusen fünf Unterseekabel durchtrennt zu haben, indem sie ihren Anker etwa 90 km lang über den Meeresboden schleifte“, heißt es in der Erklärung der finnischen Staatsanwaltschaft. Am ersten Weihnachtsfeiertag 2024 waren Schäden an dem zwischen Finnland und Estland verlaufenden unterseeischen Stromkabel Estlink 2 und mehreren Kommunikationskabeln aufgetreten. Die „Eagle S“, die unter der Flagge der Cookinseln fährt, gehört nach Einschätzung der EU zur russischen Schattenflotte.

[War es Russlands Schattenflotte?: „Eagle S“-Besatzung in Finnland wegen Verdachts auf Sabotage angeklagt](#)

Russland-Sanktionen: FAQ-Update

Die EU-Kommission hat am 30. Juni ein neues Update ihrer Frequently Asked Questions-Liste zur Anwendung der Russland-Sanktionen veröffentlicht:

[Consolidated version of the frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it](#)

4. Russland

Sprachanrufe bei WhatsApp und Telegram gesperrt

Seit dem 10. August häufen sich in Russland Beschwerden, dass Sprach- und Videoanrufe über WhatsApp und Telegram gestört sind. Dies meldet die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer Moskau unter Berufung auf Meldungen von Mitgliedsunternehmen sowie Medienberichte. Die Plattform Downdetector habe von insgesamt 8000 Beschwerden über Telegram und mehr als 5000 über WhatsApp in Russland berichtet. Die Störungen könnten in Zusammenhang mit einem bevorstehenden Verbot der beiden ausländischer Messenger in Russland stehen. Viele nutzten die Dienste weiter über VPN und aus Datenschutzgründen.

Die Aufsichtsbehörde Roskomnadsor habe in einer offiziellen Erklärung auf den Missbrauch von WhatsApp und Telegram durch Betrüger und Kriminellen für Gelderpressung und die Durchführung von Terrorakten gesprochen, berichtet die Kammer in ihrem Morgentelegramm. Allerdings stehe der offizielle Start von MAX – einem in Russland neu entwickelten und von den nationalen Behörden besser zu überwachenden nationalen Messenger-Dienst – offenbar unmittelbar bevor. Ab September muss MAX an allen neuen Smartphones und Tablets, die in Russland verkauft werden, vorinstalliert sein. Demnach scheinen die Tage von WhatsApp & CO. in Russland tatsächlich gezählt zu sein.

18. EU-Sanktionspaket als Wendepunkt? Sanktionen setzen russische Wirtschaft zunehmend unter Druck

Russlands Fähigkeit, den westlichen Sanktionen standzuhalten, zeigt Anzeichen von Schwäche, da die fiskalischen und externen Puffer schwinden, dies analysieren laut bne-Intellinews führenden Ökonomen des Institute of International Finance (IIF).

Bislang seien die Sanktionswirkungen nur begrenzt gewesen. „Handelsumlenkungen, Kapitalkontrollen, ein Leistungsbilanzüberschuss und eine Reservepuffer von 700 Milliarden Dollar hätten die Sanktionen bisher abgeschwächt“, sagten Marcello Estevão, Geschäftsführer und Chefökonom, und Garbis Iradian, Chefökonom für MENA, in einem Global Macro Views-Bericht. Das reale BIP Russlands wuchs entsprechend zwischen 2022 und 2024 um durchschnittlich 2,3 Prozent, gestützt durch Verteidigungsausgaben und Handelsumlenkungen. Im Jahr 2024 entfielen 41 Prozent der russischen Exporte auf China und Indien, während China 53 Prozent der russischen Importe lieferte.

Mit dem 18. Sanktionspaket der EU vom Juli 2025 wurde die Obergrenze für den Ölpreis von 60 USD auf 47,6 USD pro Barrel gesenkt, wobei eine neue variable Obergrenze für den Ölpreis von 15 Prozent unter den Marktpreisen für die Sorte Urals, dem wichtigsten Exportprodukt Russlands, eingeführt wurde. Die Sanktionen verbieten auch die Einfuhr von in Drittländern verarbeitetem Erdöl russischer Herkunft, untersagen Transaktionen

mit Nord Stream-Pipelines, verwehren über 100 weiteren Öltankern den Zugang zu Häfen und verhängten Sanktionen gegen zwei chinesische Banken.

Dieses Paket könnte laut den Ökonomen „je nach Durchsetzung und globaler Koordination einen Wendepunkt darstellen“. „Ohne Trumps sekundäre Sanktionen ist es jedoch unwahrscheinlich, dass die EU-Sanktionen die Ölexporte wesentlich reduzieren werden.“

Die potenziellen Auswirkungen dieser sekundären US-Sanktionen könnten hingegen schwerwiegend sein. „Wenn die von Trump angedrohten sekundären Sanktionen in Kraft treten und eingehalten werden, würde Russlands Leistungsbilanzüberschuss in ein Defizit umschlagen und die Wirtschaft könnte schrumpfen“, so die Analysten. „Ohne diese sekundären Sanktionen wird Russlands Leistungsbilanz auch 2025 und 2026 einen beträchtlichen Überschuss aufweisen.“

Russland erzielte 2022 dank der Energiekrise einen Rekord-Leistungsbilanzüberschuss von 227 Mrd. US-Dollar – doppelt so viel wie im Jahr zuvor, der ebenfalls bereits einen Rekordwert darstellte –, doch seitdem ist der Leistungsbilanzüberschuss auf immer noch beachtliche 95 Milliarden US-Dollar im Jahr 2024 gesunken und damit vergleichbar mit den Durchschnittswerten vor dem Krieg.

Die Analysten warnten, dass die Durchsetzung „entscheidend“ sei und dass „Sanktionen am wirksamsten sind, wenn sie universell sind“. Eine vollständige Einhaltung durch die großen Schwellenländer bleibt jedoch unwahrscheinlich: „Angesichts des aktuellen geopolitischen Umfelds ist eine vollständige Einhaltung durch Länder wie China und Indien unwahrscheinlich.“

In den letzten Tagen haben sowohl China als auch Indien erklärt, dass sie sich nicht an die Anordnung von US-Präsident Donald Trump halten werden, die Einfuhr von russischem Rohöl zu stoppen. Für China ist es eine Frage des Prinzips, Indien wird eher von kommerziellen Erwägungen getrieben.

Die Ökonomen wiesen auch auf das Risiko einer Störung der globalen Märkte hin. „Wenn die Öl- und Gasexporte Russlands volumenmäßig um 20 Prozent zurückgehen würden, würden die globalen Energiepreise steigen, da die freien Produktionskapazitäten anderer großer Ölexporteure kurzfristig nicht ausreichen würden, um solche Störungen auszugleichen.“

Wie bne Intellinews berichtet, sind auch andere Analysten skeptisch, dass Trumps sekundäre Sanktionen greifen können, und warnen vor einem unvermeidlichen Anstieg der Energiepreise – insbesondere der LNG-Preise. Eine strikte Durchsetzung der sekundären Sanktionen der USA könnte auch die weltweiten Ölpreise „auf über 90 Dollar pro Barrel steigen lassen“ und die Inflation sowohl in den Industrieländern als auch in den Schwellenländern in die Höhe treiben.

Russland trat 2022 mit „erheblichen Puffern“ in den Krieg: einem starken makroökonomischen Rahmen, reichlichen Reserven, anhaltenden Leistungsbilanzüberschüssen, geringen Haushaltsdefiziten und einer niedrigen Staats- und Auslandsverschuldung. Dies ermöglichte es dem Land, die Ausgaben zu erhöhen und den

anfänglichen Rückgang auf –1,4 Prozent im Jahr 2022 zu begrenzen. Der IIF rechnet nun jedoch mit einem Rückgang des BIP-Wachstums auf 0,8 Prozent im Jahr 2025, einer Verringerung des Leistungsbilanzüberschusses von 2,9 Prozent des BIP im Jahr 2024 auf 1,8 Prozent im Jahr 2025 und einer Ausweitung des Haushaltsdefizits von 2,3 auf 3,3 Prozent des BIP. All dies werde schmerzhaft sein, aber nicht schmerzhaft genug, um den russischen Präsidenten Wladimir Putin zu zwingen, den Krieg in der Ukraine zu beenden, kommentiert bne Intellinews. Und mit einer Finanzierungslücke von 65 Milliarden Dollar bis Ende 2026 sei die ukrainische Wirtschaft in einer weitaus schlechteren Verfassung als die russische.

„Schrumpfende Überschüsse und ein immer enger werdender fiskalischer Spielraum deuten darauf hin, dass Russlands Fähigkeit, Schocks zu absorbieren, stärker auf die Probe gestellt wird als jemals zuvor seit 2022“, schlussfolgerten Estevão und Iradian. „Der Abbau der Reserven der CBR, die Ölfördermengen und die Daten zur Handelsfinanzierung werden erste Indikatoren für Stress sein.“

[bne IntelliNews - COMMENT: Russian sanctions have failed, but its buffers are eroding](#)

Kategorisierung ausländischer Unternehmen

Das Zentrum für strategische Entwicklungen (CRS) in Moskau hat die Fälle von mehr als 1600 Unternehmen mit ausländischer Geschäftsbeteiligung untersucht, die Russland ganz oder teilweise verlassen haben, darüber berichtet das russische Wirtschaftsmedium RBC. Je nach Ausstiegsstrategie des Unternehmens und öffentlicher Rhetorik hat das CRS die Unternehmen in verschiedene Farbkategorien eingeteilt.

In die „rote“ Kategorie fallen vor allem Unternehmen, die sich nach Einschätzung der russischen Analysten „unfreundlich“ verhalten haben: Dies betrifft 23 Prozent der Unternehmen, darunter Amazon und PayPal. Sie sollten nach Ansicht des CSR vollständig und dauerhaft vom russischen Markt verbannt werden.

Innerhalb der roten Kategorie gibt es noch eine „weinrote“ Liste. Darunter versteht CRS Unternehmen „mit beschädigtem Ruf, die zu Sabotage und unfreundlichen Handlungen neigen“ (das sind 4,3 Prozent der Gesamtstichprobe). Die Autoren der Studie haben hier insbesondere den Netzwerkausrüster Cisco und den Pharmahersteller Pfizer einbezogen. Letzterer antwortete allerdings, er habe seine Aktivitäten in Russland nicht eingestellt und setze sie in jedem Fall fort. Der Medizinbereich ist weitgehend von westlichen Sanktionen ausgenommen.

Die „gelbe“ Liste umfasst Unternehmen, die nach CSR-Definition kein „ausreichendes Maß an Verantwortung“ gezeigt hätten. Dazu gehören z. B. H&M, Dell, Ubisoft und IKEA. Die „grünen“ Firmen hätten das Land mit einem „verantwortungsvollen Ansatz“ verlassen und könnten deshalb zurückkehren, „wenn ein Bedarf in der Branche besteht“. Airbnb, Nestle, McDonald's, Adidas, Michelin und Apple stehen auf dieser Liste.

CSR hebt auch „weiße“ Marken wie Ericsson, Marriott und Decathlon hervor, die „verantwortungsbewusst und korrekt“ gegangen sind. Dies sind nur 2 Prozent der gesamten Stichprobe.

Die Diskussion über die Rückkehr ausländischer Unternehmen nach Russland begann im Februar 2025 als Folge kurzzeitig verbesserter Beziehungen zwischen Moskau und der Trump-Regierung in Washington. Der stellvertretende Ministerpräsident Denis Manturow erklärte, Russland werde nur Unternehmen, an denen es interessiert sei, den Zugang zu seinem Markt gestatten. Im März wies Präsident Wladimir Putin die Regierung an, Regeln für die Rückkehr westlicher Marken zu entwickeln, die Russland nach dem Beginn der Militäroperation in der Ukraine verlassen hatten.

Ausländische Unternehmen, die in die Liste der Organisationen aufgenommen wurden, die keine Chance haben, nach Russland zurückzukehren, können dies noch anfechten, teilte CSR mit.

<https://www.rbc.ru/society/24/07/2025/6881d5c09a79473a3c31ba8a>

Investitionsboom in Moskau – Ernüchterung in anderen Regionen

Unter der Überschrift „Trügerischer Investitionsboom“ berichtet die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer in ihrem Morgentelegramm über eine Studie des Zentrums für makroökonomische Analyse und kurzfristige Prognosen (ZMAKP). Demnach habe es in den vergangenen fünf Jahren einen Investitionsboom wie davor Anfang der 2000er-Jahre gegeben. Allerdings sei ein Großteil der Investitionen nicht in die Modernisierung des Landes geflossen, konstatierte laut AHK der regierungsnahe Thinktank.

So sei der Umfang der jährlichen Anlageinvestitionen von 2020 bis 2024 um 36,5 Prozent gewachsen, während das russische Bruttoinlandsprodukt im gleichen Zeitraum um 10,1 Prozent zulegte. Laut ZMAKP stiegen die Investitionen zwischen 2013 und 2024 allerdings nur um 36 Prozent, was bedeutet, dass sie zwischen 2013 und 2019 sogar leicht gesunken sein müssen.

Mehr als die Hälfte des Zuwachses der vergangenen fünf Jahre, 20 von 36,5 Prozentpunkten, entfiel auf den Bausektor, erklären die Analysten. Viele dieser Investitionen hätten der Behebung von logistischen Engpässen gedient. Die Investitionen in Maschinen stagnierten hingegen seit Jahren. Zwischen 2014 und 2024 seien sie im Schnitt 15 Prozent unter dem Niveau von 2013 geblieben. Ein weiteres Problem der russischen Investitionen sei laut ZMAKP ihre regionale Ballung. Während sie russlandweit von 2013 bis 2024 um 36 Prozent stiegen, belief sich das Wachstum allein in der Hauptstadt Moskau auf 172 Prozent und im Gebiet Moskau auf 50 Prozent. Außerhalb des Großraums Moskau habe das Investitionsvolumen 2024 hingegen unter dem von 2013 gelegen.

Sechs von zehn Unternehmen in der russischen Industrie bewerten ihre aktuelle Nachfrage als „unterdurchschnittlich“. Dies ergab laut „Kommersant“ die Juli-Umfrage

des Instituts für volkswirtschaftliche Prognosen der Russischen Akademie der Wissenschaften. Der Anteil sei größer als zu den Höhepunkten der Krisen 2016 und 2020, schreibt die Wirtschaftszeitung Kommersant. Zudem sei der Produktionsausblick der Betriebe zum ersten Mal seit August 2022 negativ. Das bedeutet, dass mehr Unternehmen mit einem Rückgang ihrer Produktion rechnen als mit einem Wachstum.

[ЦМАКП назвал российский инвестбум 2020—2024 годов вынужденным — Frank Media](#)

[Опережающие индикаторы фиксируют усугубление состояния промышленности России](#)

Sanktionsausnahmen für Trump-Putin-Treffen in Alaska

Um einen reibungslosen Ablauf des Gipfeltreffens von Wladimir Putin und Donald Trump in Alaska zu ermöglichen, haben die USA im Vorfeld eine Ausnahmeregelung für US-Sanktionen veröffentlicht. Die Allgemeine Lizenz Nr.125 bezieht sich auf die „Genehmigung von Transaktionen im Zusammenhang mit Treffen zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Russischen Föderation in Alaska“. Darin heißt es, dass alle Transaktionen, die mit der Teilnahme an oder der Unterstützung von Treffen im Bundesstaat Alaska zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Russischen Föderation bis einschließlich „20. August 2025, 00:01 Uhr Ostküsten-Sommerzeit“ genehmigt werden. Diese allgemeine Genehmigung berechtige aber nicht zur „(1) Die Freigabe oder Aufhebung der Sperrung von Vermögenswerten, die gemäß einem Teil von Russian Harmful Foreign Activities Sanctions 31 CFR Kapitel V gesperrt oder effektiv eingefroren wurden; oder (2) Transaktionen, die anderweitig durch die RuHSR oder die Sanktionsbestimmungen in Bezug auf die Ukraine und Russland verboten sind, mit Ausnahme der gemäß Absatz (a) dieser allgemeinen Genehmigung genehmigten Transaktionen oder Aktivitäten oder Transaktionen oder Aktivitäten, die durch eine andere Durchführungsverordnung oder einen Teil von 31 CFR Kapitel V verboten sind.“

[Issuance of Russia-related General License | Office of Foreign Assets Control](#)

[download](#)

Debatte über Sekundärzölle in den USA:

Indien drohen Strafzölle in Höhe weiterer 25 Prozent, China im Visier

Wie die Nachrichtenagentur Reuters meldet, hat US-Präsident Donald Trump am 6. August eine Verordnung erlassen, mit der zusätzliche Zölle in Höhe von 25 Prozent auf Waren aus Indien verhängt werden, da das Land direkt oder indirekt russisches Öl importiert habe.

Durch die zusätzlichen Zölle wird Indien zusammen mit Brasilien mit den höchsten Abgaben belastet, was das Land gegenüber regionalen Konkurrenten wie Vietnam und Bangladesch erheblich benachteiligt. Vor allem der indische Schmuck- und Diamantensektor könne durch die Zölle hart getroffen werden, vermuten Ökonomen.

Der zusätzliche Zoll wird nach 21 Tagen in Kraft treten und zusätzlich zu den bisherigen 25 Prozent erhoben, sodass der Gesamtzollsatz von 50 Prozent einen erheblichen Nachteil für die indischen Exporte darstellen könnte. Indiens Warenexporte in die USA beliefen sich im Geschäftsjahr 2025 bislang auf rund 87 Milliarden Dollar und machen etwa zwei Prozent des indischen BIP aus.

Laut Wendy Cutler, Vizepräsidentin des Washingtoner Asia Society Policy Institute würde der neue Zollsatz den Großteil der indischen Exporte in die USA zum Erliegen bringen.

Indien hat in den vergangenen Jahren seinen Handel sowohl mit den USA als auch mit Russland stark ausgebaut, wie die russische Wirtschaftszeitung Vedomosti berichtet. Das Volumen des amerikanisch-indischen Handels habe sich seit 2015 auf mehr als 133 Milliarden Dollar 2024 fast verdoppelt. Die Importe in die USA übertreffen die Exporte nach Indien deutlich. Der russisch-indische Handel hat sich im gleichen Zeitraum mehr als verzehnfacht, von 6,1 Milliarden auf 72 Milliarden Dollar. Der Großteil des Wachstums entfiel dabei auf die Jahre seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs 2022 und der Ausweitung westlicher Sanktionen. Das mit Abstand wichtigste Handelsgut ist russisches Rohöl, dessen zweitgrößter Importeur Indien ist, nach China. Die indischen Importe an Rohöl aus Russland wuchsen von 2,31 Milliarden Dollar im Jahr 2021 auf 52,2 Milliarden Dollar im vergangenen Jahr, berichtet n-tv in einer Auflistung. Die indischen Importe von Kohle und Kohleerzeugnissen aus Russland nahmen demnach von 1,12 Milliarden Dollar im Jahr 2021 auf 3,5 Milliarden Dollar zu. Die indischen Düngemittelimporte aus Russland erhöhten sich zudem von 483 Millionen Dollar im Jahr 2021 auf zuletzt 1,67 Milliarden Dollar.

Indien und China kritisieren die angedrohten sekundären Sanktionen durch US-Präsident Donald Trump. Sekundäre Sanktionen sind Strafen für Geschäfte mit einem sanktionierten Land. Beide Nationen erklärten, ihre Energiesicherheit und wirtschaftliche Souveränität gegen das zu schützen, was Peking als „Zwang und Druck“ seitens der Vereinigten Staaten bezeichnete.

Indien warf dem Westen unterdessen laut einem Bericht der Deutschen Welle Heuchelei vor und betonte, dass die Europäische Union weiterhin russische Energie importiert, obwohl sie ihre Abhängigkeit davon seit Kriegsbeginn massiv reduziert hat. Neu-Delhi wies außerdem darauf hin, dass Washington die Ölkäufe Indiens aus Russland, die kurz nach der russischen Invasion in die Ukraine hochgefahren wurden, aktiv unterstützt habe, um den globalen Ölpreis zu stabilisieren. Indiens Öleinkäufe aus Russland stiegen von 2021 bis 2024 um fast das 19-fache, von 0,1 auf 1,9 Millionen Barrel pro Tag, während Chinas Einkäufe um 50 Prozent auf 2,4 Millionen Barrel pro Tag zunahmen.

Trumps 25-prozentige Sekundär-Zölle könnten Indien nun keine andere Wahl lassen, als zumindest einen Teil seines Ölhandels mit Russland zurückzufahren.

Sollten Russlands fünf Millionen Barrel pro Tag, die insbesondere nach Indien und China gehen, plötzlich vom Ölmarkt genommen werden, könnten die Ölpreise nach Ansicht von Analysten deutlich steigen, da die betroffenen Länder sich um alternative Quellen bemühen müssten. Selbst die kürzliche Produktionssteigerung des Ölkartells OPEC wäre der Ersatz einer so großen Menge angesichts begrenzter Kapazitätsreserven und logistischer Einschränkungen kurzfristig außerordentlich schwierig.

Unterdessen versucht Indien offenbar verstärkten Rückhalt und Gegenmaßnahmen gegen den US-Druck unter anderen BRICS-Länder wie China, Brasilien und Russland zu organisieren, wie die FAZ berichtet. Russlands Präsident Wladimir Putin werde bald nach Indien reisen, sagte der indische Nationale Sicherheitsberater Ajit Doval während eines Besuchs in Moskau. Medienberichten zufolge plant Indiens Ministerpräsident Narendra Modi daneben seine seit sieben Jahren erste Reise nach China, dem regionalen Rivalen.

Es sei die Gefahr gegeben, dass die USA durch ihren Zoll-Druck zu einer stärkeren Allianz unter den eigentlich politisch sehr verschiedenen BRICS-Staaten beitragen könnten.

Wie BNE Intellinews unter Berufung auf Bloomberg berichtet, hat das indische Unternehmen Nayara Energy, das Verbindungen zur russischen Rosneft hat, zum ersten Mal seit mehr als vier Jahren wieder Diesel nach China ausgeliefert, da die Sanktionen im 18. Sanktionspaket der EU seine Erdölexporte beeinträchtigen.

Nayara hat sich zu der Lieferung nicht geäußert. In den letzten Wochen haben die Sanktionen die Zahlungskanäle des Unternehmens unterbrochen, sodass es Vorauszahlungen oder Akkreditive vor der Verladung von Treibstoff verlangt. Die reduzierten Rohöllieferungen haben Nayara auch dazu veranlasst, die Produktion in seiner Raffinerie in Vadinar zu drosseln.

Daten von Kpler zeigen, dass dies Indiens erste Dieselausfuhr nach China seit April 2021 ist. Dieser Schritt erfolgt zu einem Zeitpunkt, an dem sich die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern verbessern.

Unabhängig davon erwägt Reliance Industries, Eigentümer des weltweit größten Raffineriekomplexes in Jamnagar, Berichten zufolge die Einstellung seiner russischen Ölimporte. Nayara hat die Regierung um Hilfe bei der Lösung der Transportprobleme infolge der EU-Beschränkungen gebeten.

Bessent kündigt Zölle an und hat Forderungen an die Europäer

Unmittelbar nach dem Gipfel-Treffen in Alaska tauchten in Indien Spekulationen darüber auf, die USA könnten ihre Strafzölle noch einmal verschieben. Als Beleg wurde ein Interview von Präsident Trump mit dem Sender Fox News herangezogen, in dem er sich zurückhaltend bezüglich weiterer Sanktionen gegen Russland geäußert hatte.

Hingegen hatte erst am 14. August US-Finanzminister Scott Bessent die US-Ankündigung von Strafzöllen gegen Indien unterstrichen und die Europäer dazu aufgefordert nachzuziehen.

„Sie sagen immer wieder: ‚Die USA sollten dies tun, die USA sollten das tun.‘ Präsident Trump hat sekundäre Sanktionen oder sekundäre Zölle gegen Indien wegen des Kaufs von russischem Öl verhängt, und die Europäer haben dies noch nicht getan. Tatsächlich kaufen die Europäer raffinierte Produkte, die indische Raffinerien herstellen“, wird Bessent zitiert. „Wir brauchen hier eine gewisse Koordination. Wenn wir eine einheitliche Front bilden wollen, die Präsident Trump maximale Verhandlungsmacht verschafft, dann müssen unsere europäischen Partner meiner Meinung nach ihren Teil dazu beitragen“, erklärte er.

Zuvor wurde berichtet, dass Scott Bessent während einer Kabinettsitzung im Weißen Haus Europa dazu gedrängt habe, sekundäre Zölle gegen Russland zu verhängen, falls die USA ihre geplante Gesetzgebung verabschieden sollten. In einem Interview mit CNBC betonte Bessent, dass zwar der genaue Zeitplan noch unklar sei – ob es nun 10, 30 oder 50 Tage seien –, aber jedes Land, das unter Sanktionen russisches Öl kaufe, mit sekundären Zöllen von bis zu 100 Prozent rechnen müsse. Bessent hat chinesische

Beamte warnt, dass die fortgesetzten Käufe von sanktioniertem russischem Öl zu hohen Zöllen im Rahmen eines derzeit im Kongress beratenen Gesetzes führen könnten, berichtete Reuters unter Berufung auf Bessent während der US-Chinas-Handelsgesprächen in Stockholm.

[Europe Must “Put Up or Shut Up” on Sanctions Against Russia, Says Bessent — UNITED24 Media](#)

<https://www.dw.com/de/z%C3%B6lle-trump-was-wenn-china-und-indien-kein-%C3%B6l-aus-russland-mehr-kaufen/a-73591816>

[VIEW Trump order imposes additional 25% tariff on goods from India | Reuters](#)

[Трамп грозит Индии тарифами в 25% и штрафом за нефть из России - Ведомости](#)

6. Sanktionen weiterer Länder

Großbritannien

Weitere Sanktionen gegen Schattenflotte

Die britische Regierung in London verhängt weitere Sanktionen gegen Russland. Die Sanktionen betreffen demnach 137 Unternehmen, darunter Frachter-Reedereien und Energiekonzerne, die Unterstützer bzw. Mitglieder der so genannten Schattenflotte sein sollen.

[Wladimir Putins Schattenflotte: Vereinigtes Königreich leitet Maßnahmen ein](#)

7. Blick über den Tellerrand

Dänemark will Sanktionen gegen Israel „genau wie bei Russland“

Dänemarks Ministerpräsidentin Frederiksen hat den israelischen Regierungschef Netanjahu als „Problem“ bezeichnet, wie die Deutsche Welle am 16. August berichtet. Seine Regierung gehe „zu weit“, sagte die Politikerin aus dem Mitte-Rechts-Lager der Zeitung Jyllands-Posten. Dänemark hat aktuell die EU-Ratspräsidentschaft inne. Die humanitäre Lage im Gazastreifen sei „absolut entsetzlich und katastrophal“, führte Frederiksen aus. Zudem kritisierte sie die Pläne israelischer Politiker für neue Siedlungsprojekte im Westjordanland. Sie wolle politischen Druck und Sanktionen, sei es gegen Siedler, Minister oder sogar Israel insgesamt. Man schließe im Voraus nichts aus, betonte die Vorsitzende der Sozialdemokraten. „Genau wie bei Russland“ müsse man die Sanktionen so gestalten, dass sie die größte Wirkung erzielen. Wenige Tage zuvor hatte in Deutschland Bundeskanzler Merz entschieden, Waffenlieferungen an Israel einzuschränken und damit eine heftige Debatte ausgelöst.

Die Hamas und ihre Verbündeten hatten mit ihrem Großangriff auf Israel am 7. Oktober 2023 den Krieg im Gazastreifen ausgelöst. Bei dem Angriff wurden nach israelischen Angaben mehr als 1.200 Menschen getötet, 251 Menschen wurden als Geiseln in den Gazastreifen verschleppt. Fast zwei Jahre danach hält die Hamas in dem Palästinensergebiet noch immer 49 Geiseln in ihrer Gewalt. Nur 22 von ihnen sind nach Einschätzung der israelischen Armee noch am Leben.

Israel geht seit dem Hamas-Großangriff massiv militärisch im Gazastreifen vor. Dabei wurden nach Angaben der Hamas-Behörden bislang mehr als 61.400 Menschen getötet. Die Angaben lassen sich nicht unabhängig überprüfen, werden von den Vereinten Nationen aber als realistisch eingestuft.

[Gazakrieg - Dänemark sieht Netanjahu als "Problem" - Regierungschefin Frederiksen will Sanktionen gegen Israel "genau wie bei Russland"](#)

[Weniger Waffen für Israel: Das Ende der Staatsräson? | tagesschau.de](#)

8. Termine

12. September:

Business for Business - Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland, 10:00 – 11:30 Uhr (online)

In unserer Online-Reihe „Business for Business“ laden wir Ost-Ausschuss-Mitgliedsunternehmen für den 12. September 2025 um 10:00 Uhr zu einer neuen Ausgabe ein, die sich ausführlich mit den Folgen des 18. Sanktionspaketes beschäftigen wird. Bei Interesse melden Sie sich bei: E.Radaikina@oa-ev.de

9. Tipps & Links

In diesem Beitrag der Deutschen Welle geht es um verstärkten Druck auf Russland durch **Sekundärsanktionen** gegen Drittländer. Das Medium stellt die Frage, ob dieser Ansatz eine gute Idee wäre und kommt zu einer differenzierten Antwort. Einerseits könne zusätzlicher Druck aufgebaut werden, andererseits wachse die Gefahr von Gegenallianzen. <https://www.dw.com/de/russland-trump-erw%C3%A4gt-sekund%C3%A4rsanktionen-eine-gute-idee/a-73638630>

Erhält **russisches Gas eine zweite Chance** auf dem europäischen Markt? Diese Frage diskutieren die beiden Experten Andreas Goldthau und Adnan Vatansever in der Online-Ausgabe von The National Interest. Selbst im günstigsten Fall eines baldigen Kriegsendes in der Ukraine und eines Endes der Sanktionen erwarten die beiden Experten keine echte Renaissance. Die Weichen seien in den meisten europäischen Ländern in den Jahren seit 2022 in andere Richtungen gestellt worden: [Will Russian Gas Return to Europe? - The National Interest](#)

Die **russischen Exporte** in die EU sind im ersten Quartal 2025 im Vergleich mit dem ersten Quartal 2021 um 86 Prozent gefallen. Dennoch importierte die EU immer noch Waren im Wert von über 8 Milliarden Euro, vor allem Rohöl, LNG-Gas, Stahl und Metalle sowie Düngemittel. N-tv hat die Zahlen recherchiert und vergleicht sie mit der Entwicklung des US- und des indischen Handels mit Russland:

[Milliarden für Moskau: Was USA und EU noch von Russland kaufen - n-tv.de](#)

Der Sanktionsexperte **Christian von Soest** vom German Institute for Global and Area Studies (GIGA) analysiert im **Podcast** der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer die bisherigen Wirkungen der Sanktionen auf die russische Wirtschaft: [Kammer Russland](#)

Benjamin Bidder analysiert im Spiegel (Paywall) das **Verhältnis der USA zu Indien** und von Donald Trump zu Narendra Modi. Die einstmals engen Verbündeten scheinen sich zu entfremden, zur Verwirrung der Inder. Hintergrund ist der Konflikt über den Kauf russischen Rohöls durch Indien. [Donald Trump droht Indien mit Strafzöllen wegen Ölgeschäften mit Russland - DER SPIEGEL](#)

Moskau kann den Krieg noch mindestens drei Jahre finanzieren, auch wenn es der russischen Wirtschaft dabei nicht richtig gut geht. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des **Center for Strategic and International Studies (CSIS)** in Washington. Zu den wachsenden Problemen gehören die hohen Militärausgaben, die 2024 erstmals über den Einnahmen aus Öl und Gas lagen, die hohe Inflationsrate und der Mangel an Arbeitskräften. [The Russian Wartime Economy: From Sugar High to Hangover](#)

Wichtige Informationen und Kontakte zu Sanktionen:

BMW-Übersichtsseite zu Sanktionen mit vielen weiterführenden Links und Dokumenten:

[BMW - Sanktionen](#)

Weitere Hinweise zum Thema: [BMW - Schnellübersicht: Sanktionsdurchsetzung in Deutschland](#)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

[Bundesfinanzministerium - Umsetzung der Russland-Sanktionen – Kurzüberblick](#)

BAFA-Telefon-Hotline: Beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) können sich deutsche Exporteure über eine Telefon-Hotline zu Exportbeschränkungen bei Geschäften mit Partnern in Russland informieren: +49 (6196) 9081237 (Mo-Do 8:30 Uhr bis 16:00 Uhr / Freitag 8:30 Uhr bis 15:00 Uhr).

Fragen zu Ausfuhrvorhaben, zu Empfängern in Russland oder zur Einstufung von Gütern erfolgen über das Formular „Sonstige Anfrage“ im [ELAN-K2 Ausfuhr-System](#). Bei Anfragen zu Gütern sind die zugehörigen Zollltarifnummern anzugeben. Dabei ist für jedes Gut eine einzelne Güterbeschreibung mit zugehöriger Zollltarifnummer im Antrag anzulegen sowie die Güter numerisch nach den Warenverzeichnisnummern bei mehr als fünf Güterpositionen zu sortieren.

Rechtliche Grundsatzfragen, Anfragen von Hilfsorganisationen und Privatpersonen können unter folgender E-Mail gestellt werden: ru-embargo@bafa.bund.de.

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02014R0833-20231001>

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

EU-Sanktionen

EU-Sanktions-Helpdesk für KMU:

[EU Sanctions Helpdesk - European Union](#)

Dokumente zum 17. Sanktionspaket:

[Decision - CFSP - 2025/931 - EN - EUR-Lex](#)

[Decision - CFSP - 2025/936 - EN - EUR-Lex](#)

[Official Journal L series daily view - EUR-Lex](#)

Dokumente zum 18. EU-Sanktionspaket:

EU-Pressesstatement zu den neuen Sanktionsmaßnahmen:

[Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine: EU verabschiedet 18. Paket mit wirtschaftlichen und individuellen Sanktionen - Consilium](#)

Q&A zum 18. Sanktionspaket:

[Questions and answers on the 18th package of sanctions against Russia](#)

Durchführungsbestimmungen:

[Verordnung \(EU\) 2025/1494 des Rates vom 18. Juli 2025 zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren](#)

(mit Listen sanktionierter Unternehmen, Banken, Waren und Schiffen)

[Verordnung \(EU\) 2025/1472 des Rates vom 18. Juli 2025 zur Änderung der Verordnung \(EG\) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

(mit Güterliste/Anhang XVIII)

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2025/1476 des Rates vom 18. Juli 2025 zur Durchführung der Verordnung \(EU\) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen](#)

(Liste der Sanktionen gegen Personen und Unternehmen)

[EU-FAQ: zu Sanktionen \(Stand: 30.6.25\):](#)

Consolidated version of the frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it

[EU-Übersicht zu allen bisherigen Russlandsanktionen:](#)

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine - European Commission \(europa.eu\)](#)

Hier finden Sie die beiden **Listen von Gütern, die die EU als besonders kritisch** für die russische Kriegsführung einschätzt sowie die Liste von Gütern, die auf dem Schlachtfeld in der Ukraine gefunden wurden:

[Aktuelle Liste der sanktionierten High-Priority Goods:](#)

[List of common high priority items - European Commission](#)

[Aktuelle Sanktionsliste der wirtschaftlich besonders kritischen Güter:](#)

[List of economically critical goods - European Commission](#)

„Whistleblower-Tool“ der EU

Über diese Internetseite können Sie anonym und verschlüsselt Hinweise auf EU-Sanktionsverstöße weitergeben:

[EUsanctions - Home \(integrityline.com\)](https://integrityline.com)

Auf dieser Überblicks-Seite hat die EU **grundsätzliche Informationen zu den Zielen ihrer Sanktionspolitik** sowie zu den Entscheidungsmechanismen und den Strafen bei Sanktionsverstößen zusammengestellt:

[Wie und wann die EU Sanktionen verhängt - Consilium \(europa.eu\)](https://europa.eu)

Auf dieser **Wikipedia-Seite** finden Sie umfangreiche Daten und Fakten zu den EU-Sanktionen gegen Russland seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine:

[Sanktionen gegen Russland seit dem Überfall auf die Ukraine – Wikipedia](https://de.wikipedia.org)

Das amerikanische Office of Foreign Asset Control OFAC hat ein Video veröffentlicht, das eine **Anleitung zur Nutzung des OFAC-Sanktionslisten-Suchtools** und empfohlene Schritte zur Bewertung einer möglichen Übereinstimmung mit OFAC-Sanktionslisten enthält. Das Video ist das erste in der Videoreihe „OFAC Basics“ und dient als Ergänzung zur Reihe „Introduction to OFAC“, die im Abschnitt „US Guidance“ auf dieser Website zu finden ist.

[OFAC Basics Video Series - Sanctions List Search | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](https://oac.treasury.gov)

Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Hintergrundwissen | Exportkreditgarantien \(Hermesdeckungen\)](#)

GTAI-Sanktionsübersicht

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor: [Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

Belarus

Belarus-Sanktionen Durchführungsbestimmungen zum 18. Sanktionspaket:

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2025/1469 des Rates vom 18. Juli 2025 zur Durchführung des Artikels 8a Absatz 1 der Verordnung \(EG\) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

Eine konsolidierte Fassung der EU-Sanktionen gegen Belarus befindet sich hier:

[EU-Sanktionen gegen Belarus - Consilium](#)

Sanktions-Krisenhotline der AHK Belarus:

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 7- 21 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

Übersicht zur europäischen **Sanktionsdurchsetzung**. Auf dieser Internetseite zum Thema European Sanctions Enforcement werden aktuelle Ermittlungen und Gerichtsverfahren zum Thema Sanktionsumgehung verzeichnet:

[European Sanctions Enforcement – \(duanemorris.com\)](#)

Spendenaufwurf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufwurf der Johanniter: Link](#)

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Zielländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen Arbeitskreisen zu Ländern und Regionen und rund 200 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Sie haben Ihr Interesse ausgesprochen, Informationen vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. zu erhalten. Wenn Sie keine weiteren Newsletter zu Sanktionen erhalten möchten, antworten Sie bitte auf diese Aussendung mit dem Betreff „abmelden“. Lesen Sie unsere [Datenschutzerklärung](#).

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ■ Vernetzen ■ Handeln



Pressekontakt:

Andreas Metz | Leiter Public Affairs
A.Metz@oa-ev.de
T. +49 (0)30 206167-120
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de

@OstAusschuss

